

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Liste der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten

Asylantragsteller aus Algerien, Marokko und Tunesien haben in fast allen Fällen keine Aussicht auf einen Schutzstatus. Aus diesem Grund haben wir in der zurückliegenden Sitzungswoche ein Gesetz in erster Lesung beraten, mit dem die Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten deutlich beschleunigt werden können. Dadurch verkürzen wir deren effektive Aufenthaltsdauer in Deutschland und entlasten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, damit dieses seine Ressourcen besser nutzen kann.

Der Bundesrat, in dem wir über keine eigene Mehrheit verfügen, muss dem Gesetz zustimmen. Hier können insbesondere die Grünen beweisen, inwieweit sie staatspolitische Verantwortung für unser Land tragen können und wollen.

Bürgersprechstunde Monschau

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Montag, den 18. April 2016 von 18:00 bis 19:00 Uhr im Rathaus der Stadt Monschau (Laufenstraße 84) im CDU-Fraktionszimmer statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Fragen und Anregungen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab im Wahlkreisbüro unter 02404/557830 anmelden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die Enthüllungen über versteckte Gelder in Panama bestätigen den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eingeschlagenen Kurs. Fast 100 Staaten bekennen sich mittlerweile zu dem auf der Berliner Steuerkonferenz im Oktober 2014 vereinbarten neuen Standard für einen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Danach beschaffen sich die Staaten bestimmte Informationen von bei ihnen bestehenden Finanzinstituten und tauschen diese Daten jährlich mit anderen Staaten und Gebieten aus. Zu den meldepflichtigen Informationen gehören u. a. Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden, Einnahmen aus bestimmten Versicherungsverträgen, Guthaben auf Konten oder Erlöse aus der Veräußerung von Finanzvermögen. Betroffene Finanzinstitute sind u.a. Banken, Verwahrstellen, Makler und näher bestimmte Versicherungsgesellschaften. Nicht zuletzt durch die Initiative Wolfgang Schäubles haben wir in den vergangenen drei Jahren mehr erreicht als in den dreißig Jahren zuvor. Weil die nötige Transparenz nur durch internationale Zusammenarbeit auf der Basis einheitlicher Informationsmerkmale geschaffen werden kann, müssen wir den Kreis an kooperationswilligen Ländern weiter ausbauen. Wir erwarten, dass es auf dem nächsten G7-Gipfel in Japan für diesen Kurs weltweit noch mehr Unterstützung geben wird. Wolfgang Schäuble beabsichtigt zudem, auch schon über die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds weitere Impulse zu setzen.

In der Innenpolitik müssen jetzt wichtige Vorhaben vorangebracht werden. Der Koalitionsausschuss hat sich auf Eckpunkte für ein Integrationsgesetz und schärfere Regelungen zur Terrorismusbekämpfung geeinigt. Bei der Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Regelungen zur Leiharbeit und zu Werkverträgen gehen wir über den Koalitionsvertrag auf keinen Fall hinaus. Unsere Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen im weltweiten Wettbewerb. Dazu braucht sie ihre ganze Kraft und darf deshalb nicht weiter belastet werden.

CDU und CSU haben vereinbart, ein gemeinsames Konzept vorzulegen, wie wir Deutschland fit machen wollen für die Zukunft. Wir werden darin u.a. Antworten geben, wie wir dem rasanten weltwirtschaftlichen Wandel begegnen werden. Wir werden Antworten geben auf das umfassende Sicherheitsbedürfnis der Menschen in unserem Land. Wir werden Antworten darauf geben, wie wir Wachstum als den eigentlichen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung unterstützen können.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB



Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Einigung auf Eckpunkte für Integrationsgesetz und Maßnahmenkatalog zur Terrorismusbekämpfung

Der Koalitionsausschuss hat sich in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag auf Eckpunkte für ein Integrationsgesetz (IntG) geeinigt. Das Gesetz soll die Integration der zu uns kommenden Menschen mit Bleibeperspektive in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt durch staatliche Maßnahmen fördern und zugleich von ihnen Eigenbemühungen einfordern. Die Bundesregierung will das Gesetz auf ihrer Klausurtagung Ende Mai beschließen, anschließend beginnt das parlamentarische Verfahren im Bundestag.

Wesentliche Inhalte der Eckpunkte sind etwa die Pflicht zur Mitarbeit bei angebotenen Integrationsmaßnahmen verbunden mit Leistungseinschränkungen bei Nichtbeachtung, die niedrigschwellige Heranführung von Migranten mit Bleibeperspektive an den deutschen Arbeitsmarkt sowie das Angebot einer sinnvollen und gemeinnützigen Betätigung während des Asylverfahrens, Wohnsitzzuweisungen zur Sicherstellung der Integration und zur Vermeidung von sozialen Brennpunkten und die Schaffung von Rechtssicherheit für den Aufenthalt während einer Ausbildung im Sinne der Betroffenen und der ausbildenden Unternehmen.

Der beschlossene Maßnahmenkatalog zur Terrorismusbekämpfung setzt dort an, wo die Bundesregierung trotz der gesetzlichen Fortschritte in dieser Legislaturperiode noch Handlungsbedarf sieht. Hierbei geht es zum einen um die weitere Ertüchtigung der Sicherheitsbehörden und zum anderen um weitere Verpflichtungen und Sanktionen für private Unternehmen. Letzteres beinhaltet etwa die Verpflichtung für Provider und Händler, auch bei Prepaid-Nutzern von Mobilfunkgeräten ein Ausweisdokument zu verlangen oder aktiveres Vorgehen der Unternehmen der Internetwirtschaft gegen terroristische Propaganda in ihren Netzwerken.

Die weitere Ertüchtigung der Sicherheitsbehörden sieht beispielsweise effektivere präventive Ermittlungsbefugnisse für die Bundespolizei, einen engeren und rechtlich klarer gefasster Datenaustausch mit ausländischen Partnerdiensten (EU-/EWR-/NATO-Mitgliedsstaaten und Israel) sowie eine effektivere Durchsetzung von Vereinsverboten vor. Außerdem sollen der Personalaufwuchs und die Mittelserhöhung bei den Sicherheitsbehörden und Präventionsträgern fortgeführt werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich das auch bei der Bundespolizeiinspektion Aachen positiv auswirken wird.

Transatlantische Beziehungen zukunftsfest weiterentwickeln



© DBT/Schüring

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir in dieser Woche einen [Antrag](#) eingebracht, in dem wir vor dem Deutschlandbesuch von Präsident Obama Ende April die besonderen Beziehungen zu Nordamerika unterstreichen. Deutschland und Europa sind mit keiner Region der Welt so eng verbunden wie mit Nordamerika. Die Vereinigten Staaten und Kanada sind zentrale Verbündete und Freunde der Europäischen Union und Deutschlands.

Beide Regionen verbinden nicht nur gemeinsame historische Erfahrungen, sondern auch gemeinsame Werte, die auf den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Marktwirtschaft und Respekt vor dem Individuum gründen. Im Antrag betonen wir, dass eine starke transatlantische Partnerschaft angesichts der Herausforderungen und Bedrohungen für das westliche Wertemodell notwendiger denn je ist.

Impressum:
Ausgabe Nr.: 06/16
15. April 2016

Helmut Brandt MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de
facebook.com/mdb.helmut.brandt